

Zu Punkt **der Tagesordnung**

Interfraktioneller Antrag		0287/2013 öffentlich 10.04.2013
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 25.04.2013	Ratsversammlung	Ratsherr Kokocinski, SPD-Ratsfraktion Ratsherr Schmalz, SPD-Ratsfraktion Ratsfrau Wegner, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsherr Rahim, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsfrau Danker, SSW
Betreff: Übergang von der Schule in den Beruf fördern		

Antrag:

1. Die Verwaltung wird gebeten, unmittelbar nach den Sommerferien 2013 dem Ausschuss für Schule und Sport, dem Sozialausschuss und dem Wirtschaftsausschuss einen aktuellen Überblick über alle Maßnahmen zu geben, die dazu beitragen, Schüler_innen einen qualifizierten Abschluss zu ermöglichen sowie den erfolgreichen Übergang von Schule in einen Beruf (z.B. im Rahmen des Regionalen Übergangsmanagements) oder ein Studium zu gewährleisten. Dabei ist besonders auf Nachsteuerungsbedarfe einzugehen, um möglichst vielen Jugendlichen eine Einmündung in eine Berufsausbildung oder Anschlussperspektive zu ermöglichen. Die kommunalen Möglichkeiten, diesen Prozess zu unterstützen, sind voll auszuschöpfen.

2. Zudem soll eine Evaluierung der zurzeit über das Bildungspaket finanzierten sozialpädagogischen Projekte erfolgen. Dazu sind zunächst Kriterien und Indikatoren (u.a. Kosten-Nutzen) festzulegen, nach welchen die Evaluation erfolgen soll. Die Verwaltung wird insbesondere beauftragt, darzulegen, mit welchem konkreten Profil das Bildungsbüro nach Ablauf der Projektfinanzierung von RÜM ab Herbst 2014 fortgesetzt werden kann. Dazu gehören die konkrete Aufgabenstellung, die verwaltungsinterne Verankerung und die entstehenden (Personal)-Kosten. Die Evaluation wird als Entscheidungsgrundlage für eine nachhaltige Gewährleistung erfolgreicher Prozesse über die BUT-Förderperiode hinaus dienen.

3. Wir begrüßen, dass sich ein Bündnis für Ausbildung mit den Handwerks- und Handelskammern, dem Jobcenter/Agentur für Arbeit und den RBZ und anderen Partnern (im Rahmen der Bildungsregion Kiel erfolgreich gegründet hat. Wir bitten die Verwaltung der Ratsversammlung und dem Bildungsbeirat hiervon mindestens einmal im Jahr Bericht zu erstatten. Der Bericht soll auch eine Erfolgsmessung und ggf. auch daraus resultierende Nachsteuerungen beinhalten.

Begründung:

Eine fehlende Anschlussperspektive führt für junge Menschen unmittelbar in den Bezug von sozialen Transferleistungen. Die Instrumente des städtischen Regionalen Übergangsmana-

gements und der kommunalen Beschäftigungsförderung sollen dazu beitragen, Abbrüche zu vermeiden. Die Verantwortung für einen gelingenden schulischen Bildungsprozess liegt bei der Schule. Die Ratsversammlung unterstützt die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Zusammenwirken von Schule und kommunal verantworteten Instrumenten.

gez. Ratsherr Peter A. Kokocinski f.d.R.
gez. Ratsherr Michael Schmalz
SPD-Ratsfraktion

gez. Ratsfrau Kirsten Wegner f.d.R.
gez. Ratsherr Sharif Rahim
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsfrau Antje Danker
SSW